Frankfurter AStA ruft zur Stammheim-Demonstration auf

Die Welt
28.4.77

WILHELM KÖRBER, Frankfurt

Mehrere Hundertschaften der Frankfurter Polizei standen gestern in der Innenstadt bereit, um zu verhindern, daß es bei einer Demonstration von 2000 meist jüngeren Menschen zu Ausschreitungen kommt. Zu dem Protestmarsch unter dem Motto „Isolation ist Mord — gegen die Todesstrafe in Stammheim und anderswo“ hatte der Allgemeine Studentenausschuß (AStA) der Frankfurter Universität aufgerufen. Anlaß war das für heute erwartete Urteil im Baader-Meinhof-Prozeß.

Polizeipräsident Knut Müller appellierte gestern im Zusammenhang mit dem Protestmarsch an die Bevölkerung, die Innenstadt zwischen 16 und 18 Uhr zu meiden. Auf keinen Fall sollten sich Passanten auf Auseinandersetzungen mit den Demonstranten einlassen.

Anlaß für die ungewöhnliche Warnung der Polizei waren nicht nur Plakate und Flugblätter, die zur Teilnahme an der Demonstration aufriefen, son-

dern auch Schmierereien und Parolen an Häusern und öffentlichen Gebäuden. An einer Bahnunterführung im Stadtteil Eschersheim las man die Aufschrift: „Buback-Herold-Maihofer — die Zeit ist reif.“ Der Name des ermordeten Bundesanwalts war durchgekreuzt. Diese Formulierung wertet die Polizei als eindeutige Morddrohung.

Der Frankfurter AStA betont in einer Presseerklärung: „Wir befürworten das Attentat auf Buback und seine zwei Begleiter nicht. Wir finden es politisch und moralisch falsch, lassen uns aber auf dem Hintergrund der Schüsse in Karlsruhe nicht erneut ein Stück unserer Rechte nehmen.“

Es ist das erstmal, daß sich der AStA für die Stammheim-Häftlinge öffentlich engagiert. Als Körperschaft öffentlichen Rechts verstößt er damit gegen ein Verwaltungsgerichtsurteil, wonach ihm das politische Mandat außerhalb von Hochschulfragen nicht zusteht.

Seite 6: Wie lange noch?

BM-Anwälte rechtfertigen den Mord an vier Amerikanern

WALTER PFUHL, Stuttgart

24 Stunden nach dem Termin, an dem im Stammheimer Baader/Meinhof-Prozeß das Urteil über Andreas Baader, Gudrun Ensslin und Jan Carl Raspe fallen kann, haben die Vertrauensanwälte die den Angeklagten vorgeworfenen Sprengstoffanschläge auf amerikanische Einrichtungen in Heidelberg und Frankfurt als „Widerstandsaktionen gegen den Völkermord in Vietnam“ gerechtfertigt. Bei den Anschlägen waren 1972 vier Menschen ums Leben gekommen. In seinem öffentlich vorgetragenen Plädoyer in einem Stuttgarter Hotel begründete Ensslin-Anwalt Otto Schily diese 4 Anschläge als gerechtfertigt unter dem „Gesichtspunkt der Nothilfe“.

Die Vertreter der Anklage im Prozeß hatten insbesondere wegen dieser Taten lebenslange Freiheitsstrafen für die drei Angeklagten gefordert. Schily unterstrich, daß eine Aufklärung des „po-

litischen Hintergrundes dieser Taten“ vergeblich angestrebt worden sei.

Vor sieben surrenden Fernsehkameras und 50 Reportern erklärte Schily: „Für die Verteidigung steht fest: Im Rahmen eines solchen propagandistischen Unternehmens in diesem Prozeß kann Aufklärung nicht geschaffen werden. Sie wird an anderer Stelle zu suchen sein.“ Baader-Verteidiger Hans-Heinz Heldmann betonte: „Der Stammheimer Prozeß ist an juristischer Auszehrung gestorben. Er war von Anfang an rechtsbrüchig.“ Es könne nicht verborgen bleiben, daß in Stammheim „Ausnahmestand geübt worden ist“.

Die Ausführungen der Anwälte, nach deren Auffassung die Angeklagten keine „gewöhnlichen Kriminellen“ sind, gelten im Sinne der Strafprozeßordnung nicht als Plädoyers, da sie nicht in der Hauptverhandlung vorgetragen wurden.

Seite 2: Schily: BM-Angeklagte nicht kriminell

Zur Sicherung der Generalbundesanwaltschaft und des Bundesgerichtshofes in Karlsruhe errichtete die Polizei gestern einen dreifach übereinandergelegten, mannshohen Stacheldrahtzaun. Auch der Personenschutz für besonders gefährdete Juristen ist verstärkt worden.

FOTO: DPA

Die Welt 28.4.77

Schily: BM-Angeklagte „nicht kriminell“

WALTER PFUHL/DW. Stuttgart

Der Versuch, die „Aktionen der Roten Armee Fraktion“ (RAF) strafrechtlich zu erfassen, ist nach Auffassung der Vertrauensanwälte der in Stuttgart-Stammheim Angeklagten Andreas Baader, Gudrun Ensslin und Jan-Carl Raspe gescheitert. Im Rahmen eines öffentlichen, aber nicht im Gerichtssaal vorgebrachten Plädoyers zum Abschluß des Stammheimer Anarchistenprozesses begründete Rechtsanwalt Michael Oberwinder gestern in Stuttgart diese Auffassung unter anderem mit dem Vorhandensein „von Geheimakten“ und mit der Abhöraktion in Stuttgart-Stammheim sowie mit den Gesetzesänderungen vor und während des Prozesses.

Hauptziel der Rechtsanwälte Otto Schily und Hans Heinz Heldmann bei ihren gestrigen Schlußvorträgen im Stuttgarter „Parkhotel“ war die angebliche „Feinderklärung“ der Angeklagten durch Justiz, Politiker und Öffentlichkeit.

Der Berliner Anwalt Schily kritisierte, schon das Verständnis für die Angeklagten, „Voraussetzung für jede Urteilsbildung“, sei kriminalisiert worden. Nicht ein neutrales Urteil sei ange-

strebt gewesen, sondern „der Vollzug einer Feinderklärung, die Verfemung. Verständnis wird untersagt, ein Denkung der Verteidigung“ als Rechtsbrü-

Die Bilanz von fünf Jahren Terroristenverfolgung zeige, laut Schily: Verfahren gegen die RAF seien keine neutralen Strafverfahren, sondern „ein Instrument eines großangelegten Feldzuges, in dem die Gerichtsverfahren nur ein Gefechtsfeld sind“.

Heldmann, der neben der „Vorverurteilung als innerstaatliche Feinderklärung“ auch die Gesetzesänderungen vor der Hauptverhandlung, das angebliche „Ausnahmegesetz“, die Verhandlung trotz Verhandlungsunfähigkeit und ohne die Angeklagten und die „Zerstörung der Verteidigung“ als Rechtsbrüche dieses Prozesses bezeichnete, attackierte auch Bundeskanzler Helmut Schmidt und Oppositionschef Helmut Kohl. Schmidt habe dem Stammheimer Gericht „schwierige Rechtsfindung abgenommen“, indem er erklärt habe: „Der harte Kern der kriminellen Baader/Meinhof-Vereinigung, dem zahlreiche Morde, Mordversuche, Sprengstoffattentate, Banküberfälle zur Last zu legen sind... die Gewaltverbrecher

Baader, Meinhof und andere... anarchistische Banditen...“

Kohl kreditede er an, er habe sich „im gleichen Stil souveräner Rechtsverachtung zu qualifizieren gesucht, indem er lange vor Schluß der Stammheimer Beweisaufnahme deren Ergebnis vorprogrammiert habe: Es könne eine Begnadigung dieser Mörder und Schwerstverbrecher nicht ins Auge gefaßt werden“.

Es sei sehr schwierig, räumte Schily ein, eine Abgrenzung Politik/Kriminalität zu finden. Dieser Prozeß aber habe sie nicht geleistet, und die Staatsorgane hätten sie unterdrückt. Das Gericht habe sich gegen alle Anträge der Verteidigung, den politisch-militärischen Charakter der RAF-Aktionen zu belegen, „verbarrikadiert“.

Schily stufte die RAF-Angeklagten als politisch militärische Aktionisten ein, nicht als Kriminelle. „Es ist undenkbar, daß Ulrike Meinhof Kindesentführungen gebilligt, geschweige geplant haben soll“, rief er im Hinblick auf die Mitteilung der Minister Schiefel und Bender, daß ein bei der Abhörung aufgenommenes Tonband Hinweise auf eine geplante Kindesentführung enthalte, aus.